

Juli 2022

Eine repräsentative Studie zur politischen Stimmung im
Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Regierungszufriedenheit: Kritik an Ampel-Koalition überwiegt weiter	2
Mehrheitliche Kritik über Politikbereiche hinweg	3
9-Euro-Ticket und Tankrabatt: Mehrheit für Verlängerung	4
Fast die Hälfte der Deutschen erwartet Verschlechterung der eigenen Wirtschaftslage.....	5
Nach wie vor Mehrheit für Sanktionen gegen Russland – trotz möglicher Nachteile.....	6
Für gut die Hälfte soll Klimaschutz auch im Krisenkontext nicht hintenanstehen	7
Politikerzufriedenheit: Baerbock und Habeck weiter vorn, Scholz auf Platz 3	8
Sonntagsfrage: SPD unter 20 Prozent, Grüne mit Rückenwind	9
Corona Pandemie: Drei von Zehn tragen freiwillig eine Maske	11
Mehrheit für strengere Regelungen bei steigenden Inzidenzen - mit Ausnahme von Schulschließungen	12
Studieninformation.....	13

Zusammenfassung

Die Berliner Ampelkoalition ist seit gut einem halben Jahr im Amt und sieht sich mit in der Geschichte der Bundesrepublik wohl beispiellosen krisenhaften Herausforderungen konfrontiert. Neben der Corona-Pandemie steht seit Ende Februar der Ukraine-Krieg mit seinen weitgehenden sicherheits-, energiepolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen im Zentrum des Regierungshandelns. Auch im Juli schaffte es die SPD-geführte Ampelregierung nicht, die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich von ihrer Arbeit zu überzeugen. Noch vergleichsweise groß ist der Rückhalt für die derzeitige Corona-Politik, mit der knapp jeder Zweite zufrieden ist. Auf anderen, in diesem ARD-DeutschlandTREND abgefragten Feldern, ist hingegen jeweils eine Mehrheit der Deutschen mit dem Handeln der Regierungskoalition unzufrieden. Dies gilt für den Berliner Kurs im Ukraine-Krieg (39:56 Prozent), der die innenpolitische Debatte der letzten Monate maßgeblich geprägt hat. Noch größerer Unmut besteht mit den Regierungsmaßnahmen zum Klimaschutz (34:62), bei der Sicherung der Energieversorgung (29:66 Prozent), in der Haushalts- und Finanzpolitik (28:67 Prozent), vor allem aber hinsichtlich der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger angesichts steigender Preise (22:76 Prozent).

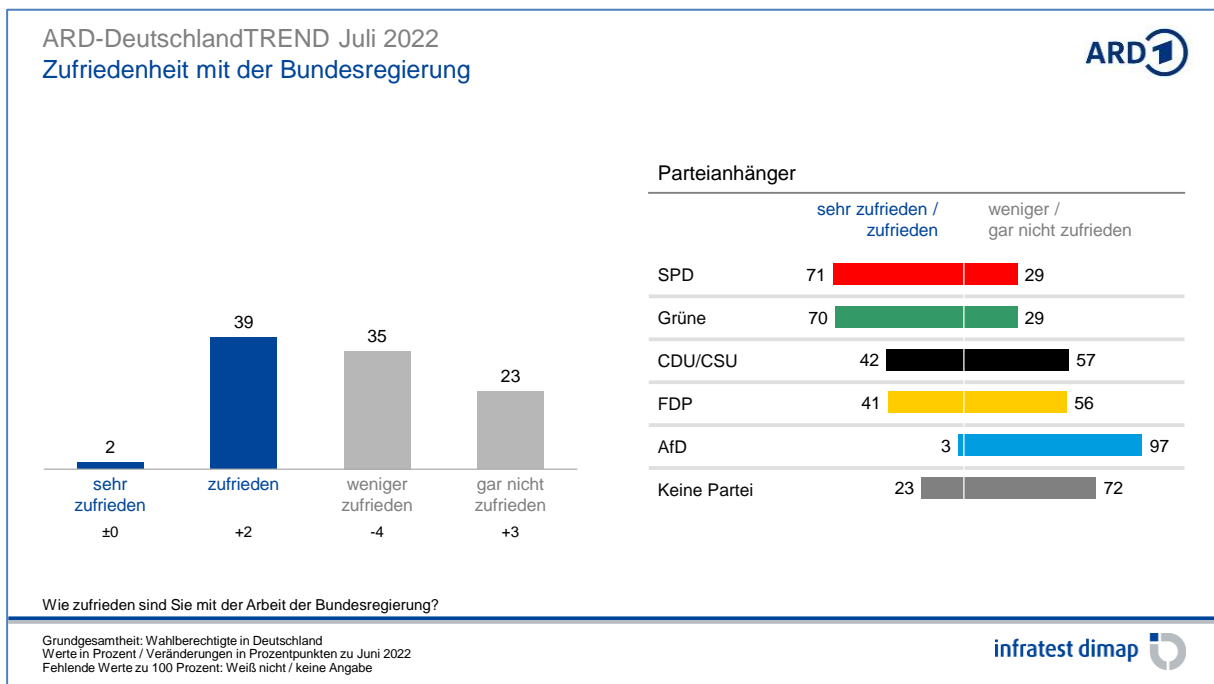
Überwiegt insgesamt die Kritik am Bundeskabinett, finden einzelne, bereits umgesetzte konkrete Maßnahmen mehrheitlich Unterstützung. Angesichts steigender Preise spricht sich eine Mehrheit für eine Verlängerung der bis August geltenden Maßnahmen wie des 9-Euro-Tickets und des sogenannten Tankrabattes aus. Trotz der sichtbaren ökonomischen Auswirkungen des Ukraine-Krieges wie auch der gegen Russland ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, stoßen die Sanktionen in der Bevölkerung mehrheitlich auf Rückhalt, auch wenn die Unterstützung seit Beginn des russischen Einmarsches etwas rückläufig ist. Rund sechs von zehn Deutschen sprechen sich aktuell für Maßnahmen gegen Russland aus, auch wenn damit Engpässe in der Energieversorgung, steigende Lebenshaltungskosten und Energiepreise sowie Nachteile für deutsche Firmen verbunden sind. Die Inflation schlägt sich in den persönlichen wirtschaftlichen Erwartungen der Bundesbürger nieder. Die eigene wirtschaftliche Situation beschreiben momentan zwar 70 Prozent der Wahlberechtigten als sehr gut bis gut. Knapp jeder Zweite rechnet jedoch mit einer Verschlechterung seiner persönlichen Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten. Nichtsdestotrotz überwiegt derzeit die Ansicht, dass ungeachtet aktueller Krisen und Herausforderungen auch kurzfristig keine Abstriche am Klimaschutz im politischen Handeln gemacht werden sollten.

Bei der Bewertung der Spitzenpolitiker führen wie in den Vormonaten mit Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Habeck zwei Minister der Grünen die Politikerrangliste an, gefolgt von Bundeskanzler Olaf Scholz und FPD-Wirtschaftsminister Lindner, der im Vergleich zu Juli an Sympathie einbüßt. Trotz der weiterhin nur mäßigen Bewertung des Unions-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz bleibt die CDU/CSU mit 27 Prozent und unverändert zu Juni stärkste Kraft. Die SPD muss zwei 2 Punkte abgeben und läge bei 19 Prozent. Die Grünen verbessern sich im gleichen Umfang und hätten 23 Prozent in Aussicht. Die AfD käme weiterhin auf 11 Prozent, die FDP unverändert auf 8 Prozent. Die Linke würde wie im Juni mit 4 Prozent an der Mandatsschwelle scheitern.

Zuletzt durch andere Themen überlagert könnte die Corona-Pandemie im Herbst aufgrund steigender Inzidenzen stärker die öffentliche Debatte bestimmen. Das freiwillige Tragen des Mund-Nase-Schutzes an öffentlichen Orten praktizieren momentan nach eigenen Angaben noch knapp drei von zehn Bundesbürgern, darunter vor allem Ältere. Zu Beginn der im Frühjahr vorgenommenen Lockerungen hatten dies noch doppelt so viele in Aussicht gestellt. Eine Rückkehr zu strengeren Regelungen im Falle steigender Inzidenzen wie einer generellen Maskenpflicht in Innenräumen steht eine Mehrheit offen gegenüber. Auch eine allgemeine Testpflicht als Zugangsbeschränkung für öffentliche Einrichtungen, Veranstaltungen sowie Freizeit- und Kulturangebote fände bei steigenden Ansteckungen Zustimmung, ebenso eine Impfpflicht für besonders gefährdete Gruppen. Erneute Schulschließungen lehnen drei Viertel der Deutschen jedoch ab.

Regierungszufriedenheit: Kritik an Ampel-Koalition überwiegt weiter

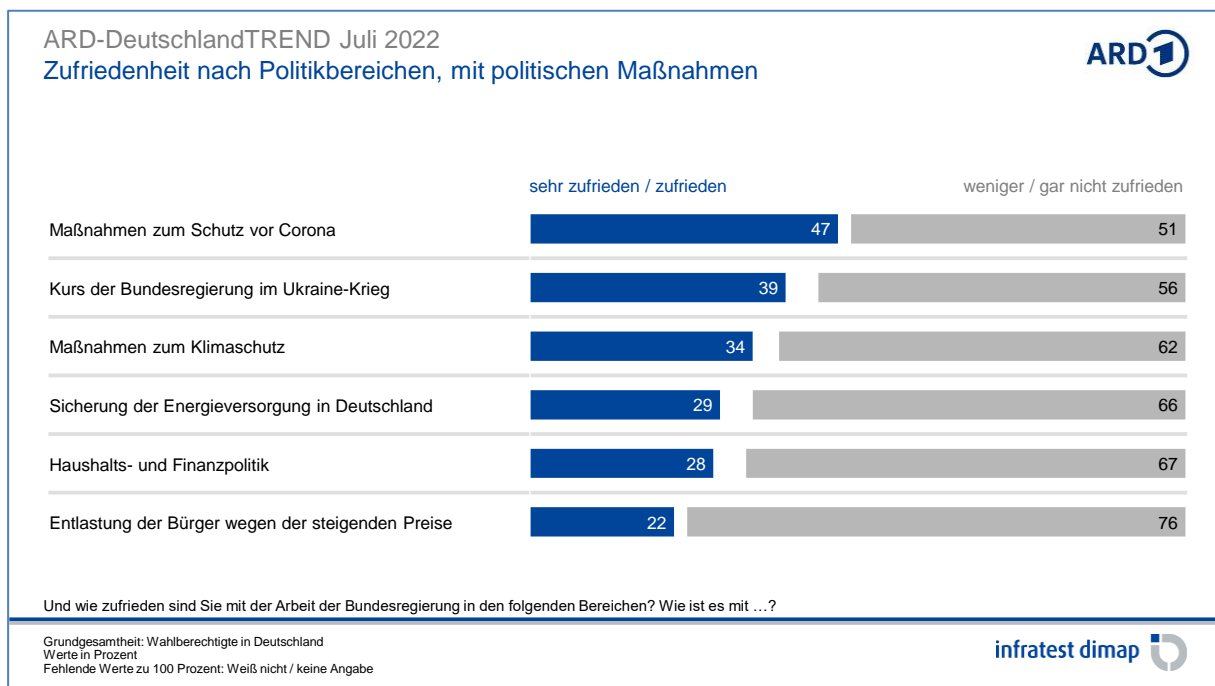
Die Berliner Ampelkoalition ist seit gut einem halben Jahr im Amt und sieht sich aktuell mit verschiedenen krisenhaften Herausforderungen konfrontiert. Neben der Corona-Pandemie steht seit Ende Februar der Ukraine-Krieg mit seinen weitgehenden sicherheits-, energiepolitischen sowie wirtschaftlichen Auswirkungen im Zentrum des Regierungshandelns. Das Urteil über die SPD-geführte Ampelkoalition seitens der Bürgerinnen und Bürger fällt auch im Juli überwiegend kritisch aus, in der Gesamtbewertung zeichnen sich im Vergleich zum Vormonat nur geringe Verschiebungen ab. Aktuell äußern sich vier von zehn Deutschen (41 Prozent, +2) wohlwollend über das Wirken der Ampel-Koalition, mehr als die Hälfte (58 Prozent, -1) ist hingegen weniger oder gar nicht zufrieden mit dem Regierungshandeln.



Während in den Reihen von SPD (71 Prozent) und Grünen (70 Prozent) die Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung überwiegt, äußern sich die Anhänger des Koalitionspartners FDP (41:56 Prozent) seit Ende April - im mittlerweile vierten ARD DeutschlandTREND in Folge - mehrheitlich kritisch. Ähnlich verhalten beurteilen die Anhänger der Union (42:57 Prozent) die Regierungsarbeit, auf breite Ablehnung stößt das Regierungshandeln erwartungsgemäß bei den Anhängern der AfD (3:97 Prozent). Überdurchschnittlich hoch ist die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung in Haushalten mit geringerem Einkommen, auch im Osten des Landes überwiegt die Kritik an der Ampel-Koalition deutlich stärker (zufrieden 27: unzufrieden 72 Prozent) als in den westdeutschen Bundesländern (44:54 Prozent).

Mehrheitliche Kritik über Politikbereiche hinweg

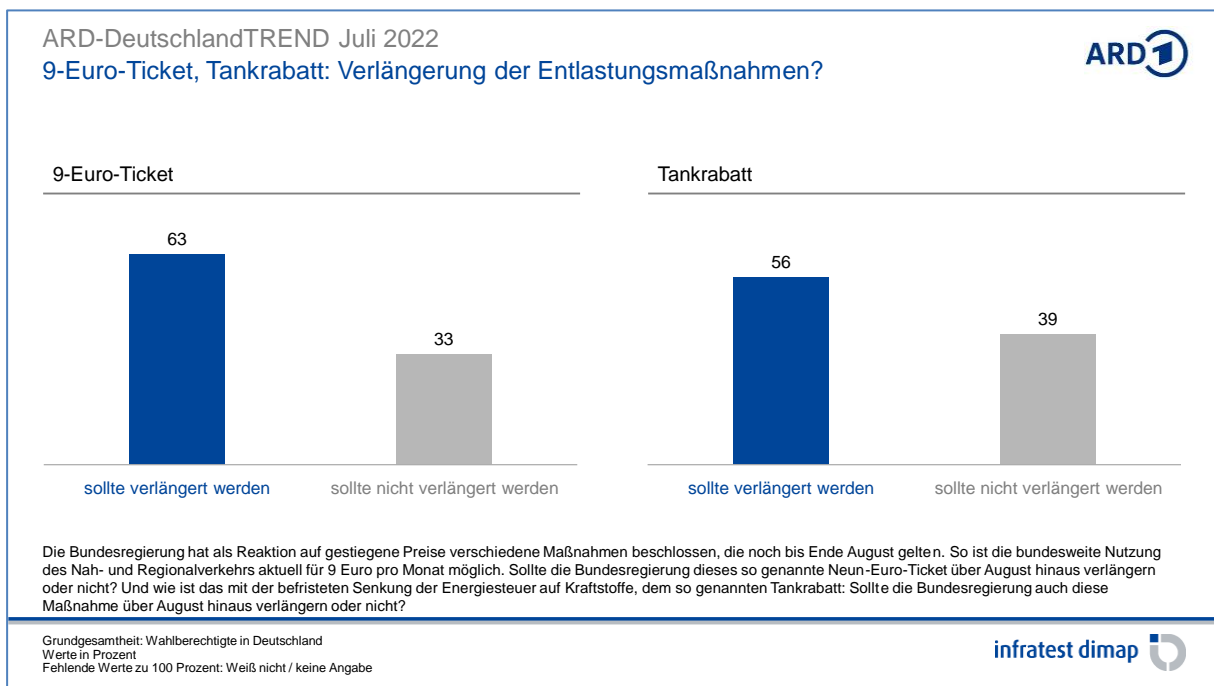
Vergleichsweise am stärksten fällt der Rückhalt in der Bevölkerung noch für die derzeitige Corona-Politik aus, knapp jeder Zweite (47 Prozent) zeigt sich hier mit den Maßnahmen zum Schutz vor Corona zufrieden. Eine Mehrheit äußert Unzufriedenheit mit dem Berliner Kurs im Ukraine-Krieg (39:56). Noch größer fällt die Unzufriedenheit mit den Regierungsmaßnahmen zum Klimaschutz (34:62) aus, aber auch bei der Sicherung der Energieversorgung (29:66 Prozent), in der Haushalts- und Finanzpolitik (28:67 Prozent), vor allem aber hinsichtlich der Entlastung der Bürgerinnen und Bürger angesichts steigender Preise (22:76 Prozent).



Bei der Bewertung der einzelnen Politikbereiche fällt das Urteil über das Handeln der Bundesregierung tendenziell in den westdeutschen Ländern wohlwollender als in den ostdeutschen aus – mit Ausnahme der Maßnahmen zum Klimaschutz, die in beiden Landesteilen von rund jedem Dritten als zufriedenstellend, mehrheitlich aber kritisch bewertet werden. Bei den Anhängern der verschiedenen Parteien zeigt sich ein differenziertes Bild. Den Kurs der Bundesregierung bei der Sicherung der Energieversorgung stützen allein die Anhänger der ressortverantwortlichen Grünen mehrheitlich. Die aktuelle Ukraine-Politik wie auch die derzeitigen Maßnahmen zum Schutz vor Corona finden bei den Anhängern der SPD und der Grünen mehrheitlich Rückhalt. Die aktuelle Haushaltspolitik und die Maßnahmen zum Klimaschutz werden von den Anhängern der SPD vergleichsweise am wohlwollendsten bewertet, aber auch hier halten sich Lob und Kritik gerade die Waage. Mit den Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger angesichts steigender Preise besteht parteiübergreifend Unzufriedenheit.

9-Euro-Ticket und Tankrabatt: Mehrheit für Verlängerung

Überwiegt insgesamt die Kritik am Bundeskabinett, finden einzelne, bereits umgesetzte konkrete Maßnahmen mehrheitlich Unterstützung. Angesichts steigender Preise spricht sich eine Mehrheit für eine Verlängerung der bis August geltenden, derzeit besonders im Blick der Öffentlichkeit stehenden Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger aus. Knapp zwei Drittel (63 Prozent) teilen die Ansicht, dass das 9-Euro Ticket über den August hinaus verlängert werden sollte. Etwas mehr als die Hälfte (56 Prozent) wünscht sich eine Verlängerung der bisher befristeten Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe.

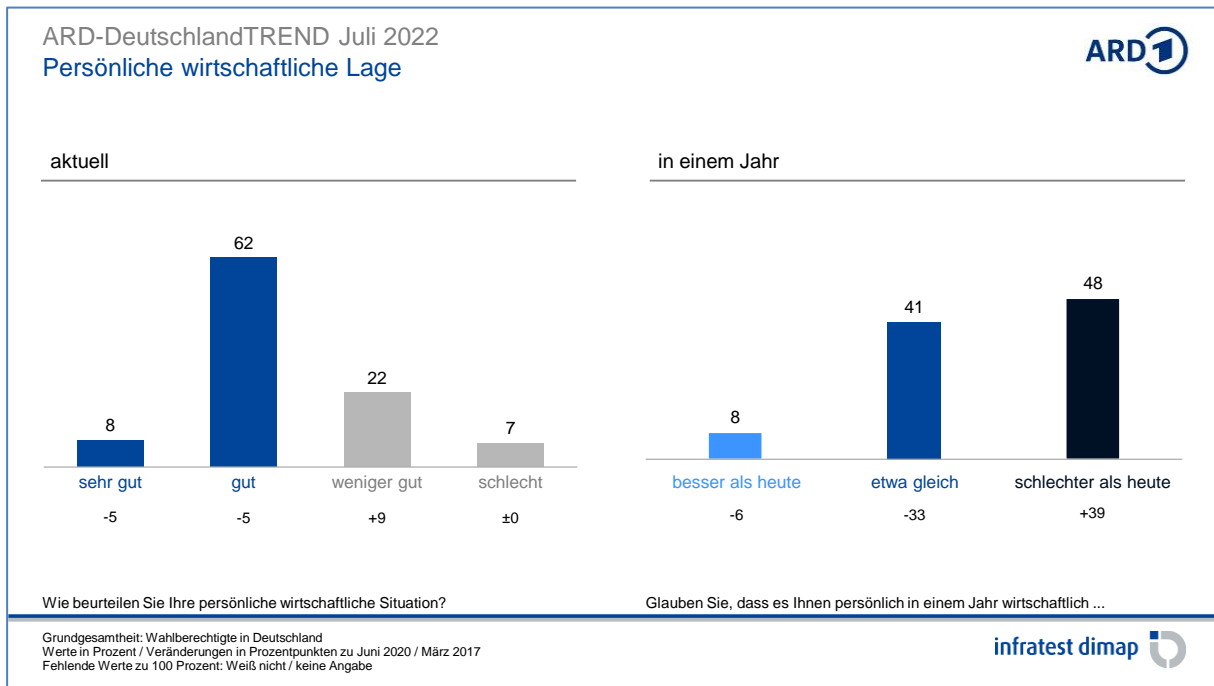


Beide Maßnahmen finden in Haushalten mit niedrigem Einkommen etwas höhere Unterstützung. Eine Entlastung über die preiswerte Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs stößt bei den Anhängern aller politischen Parteien mehrheitlich auf Rückhalt mit Ausnahme der Anhängerschaft der AfD, in der sich gut jeder Zweite gegen eine Verlängerung ausspricht. Besonders hohen Zuspruch erntet das 9-Euro-Ticket bei jüngeren Wahlberechtigten, knapp drei Viertel der unter 35-jährigen (71 Prozent) sprechen sich für eine Verlängerung aus.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Senkung der Energiesteuer. Eine Verlängerung des Tankrabattes wird von den Anhängern der FDP (68 Prozent), der Union (62 Prozent), der AfD (59 Prozent) und der SPD (57 Prozent) mehrheitlich unterstützt. Unter den Anhängern der Grünen überwiegt die Kritik (29:66 Prozent).

Fast die Hälfte der Deutschen erwartet Verschlechterung der eigenen Wirtschaftslage

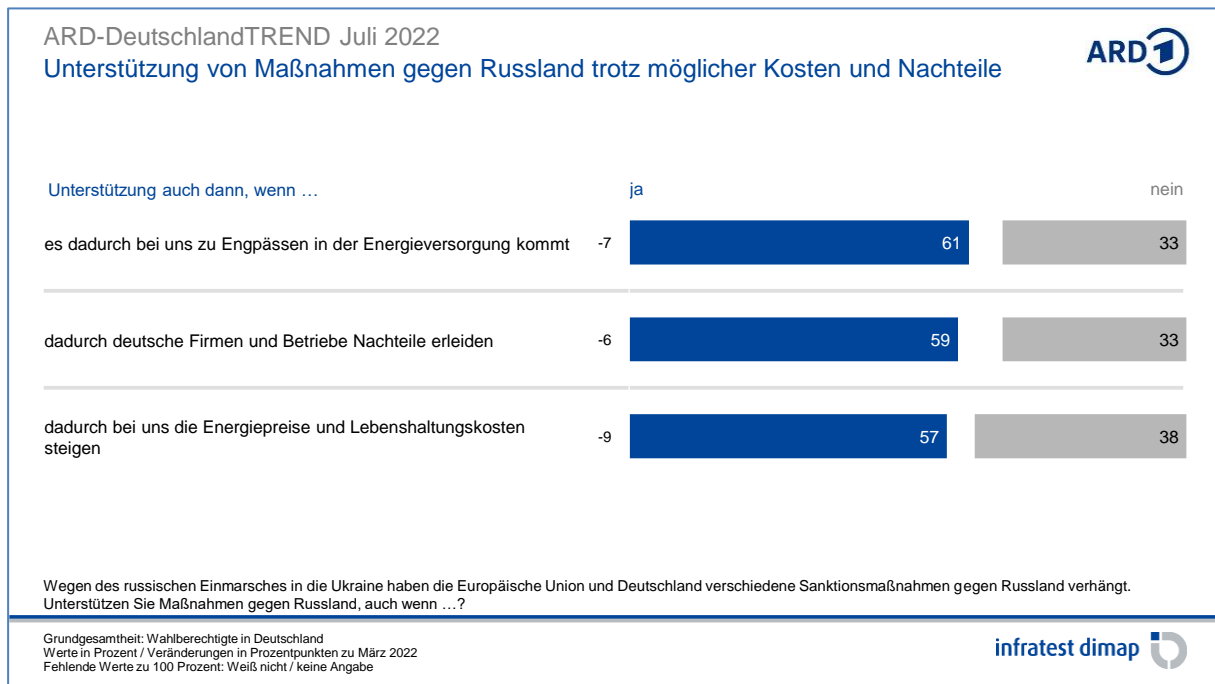
Die Inflation schlägt sich auch in den persönlichen wirtschaftlichen Erwartungen der Bundesbürger nieder. Die eigene wirtschaftliche Situation beschreiben aktuell immer noch knapp drei Viertel der Wahlberechtigten als sehr gut bis gut (70 Prozent, -10 Prozentpunkte im Vergleich zu Juni 2020).



Auch hier zeigt sich ein deutliches Ost-/West-Gefälle. Während in den westdeutschen Bundesländern knapp drei Viertel (72 Prozent) die eigene Wirtschaftslage positiv einstufen, sind es im Ostteil des Landes nur 59 Prozent der Bürgerinnen und Bürger. Beim Blick in die Zukunft zeigt sich aber bereits eine Eintrübung der Stimmung: immerhin knapp jeder Zweite (48 Prozent) rechnet damit, dass sich die persönliche wirtschaftliche Lage in den kommenden zwölf Monaten verschlechtern wird.

Nach wie vor Mehrheit für Sanktionen gegen Russland – trotz möglicher Nachteile

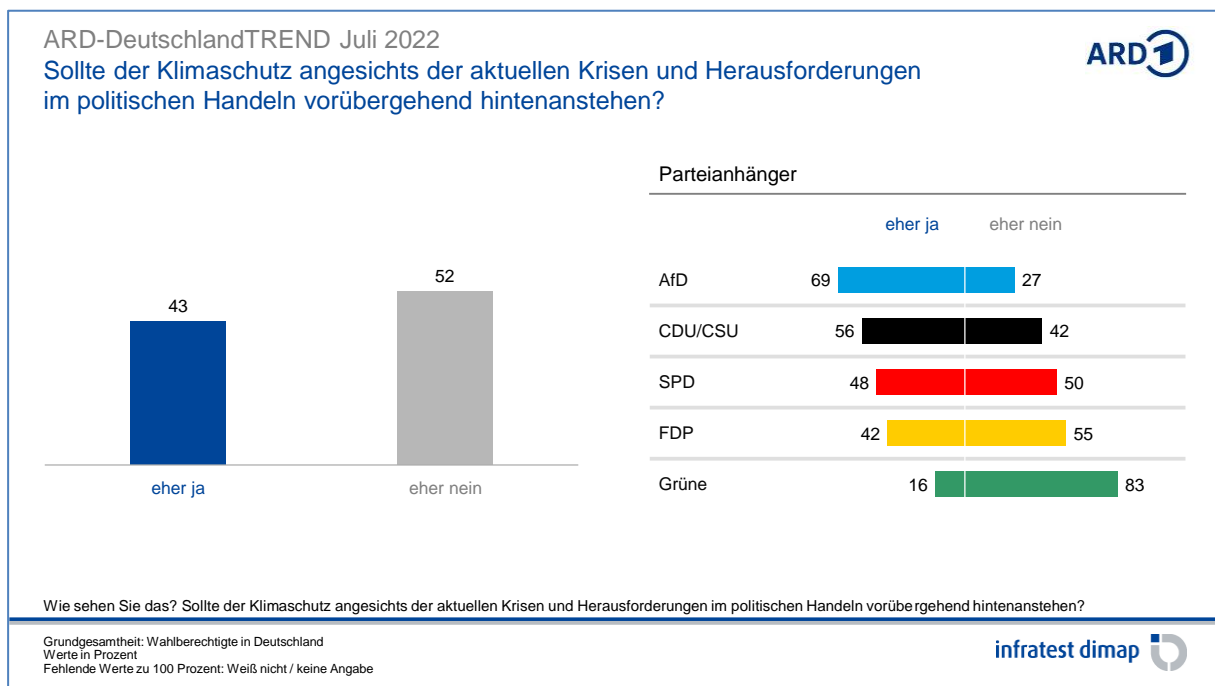
Trotz der sichtbaren ökonomischen Auswirkungen des Ukraine-Krieges wie auch der als Reaktion gegen Russland ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, stoßen die Sanktionen gegen Russland in der Bevölkerung nach wie vor mehrheitlich auf Rückhalt, auch wenn die Unterstützung etwas geringer als zu Beginn des russischen Einmarsches ausfällt. Rund sechs von zehn Deutschen unterstützen aktuell diese Maßnahmen, auch wenn damit Engpässe in der Energieversorgung (61 Prozent, -7 im Vergleich zu März 2022), Nachteile für deutsche Firmen und Betriebe (59 Prozent, -6) oder steigende Lebenshaltungskosten und Energiepreise (57 Prozent, -9) verbunden sind.



Mögliche Kosten und Nachteile mit Hinblick auf die Energieversorgung, für Unternehmen oder die Lebenshaltung, kommen im Ostteil des Landes stärker zum Tragen als im Westen. Während in den ostdeutschen Bundesländern Sanktionen gegen Russland mit zumindest relativer Mehrheit abgelehnt werden, wenn es dadurch zu steigenden Lebenshaltungskosten (40:51 Prozent), Engpässen in der Energieversorgung (42:49 Prozent) oder Nachteilen für deutsche Unternehmen kommt (42:46 Prozent), finden die Sanktionen unabhängig von negativen Auswirkungen in den westdeutschen Bundesländern mehrheitlich Unterstützung. Bei den Anhängern von Grünen, Union, SPD und FDP sprechen sich ebenfalls Mehrheiten für die Beibehaltung der Sanktionen aus, im Lager der AfD sind mehr als 80 Prozent der Ansicht, dass diese Nachteile nicht in Kauf genommen werden sollen.

Für gut die Hälfte soll Klimaschutz auch im Krisenkontext nicht hintenanstehen

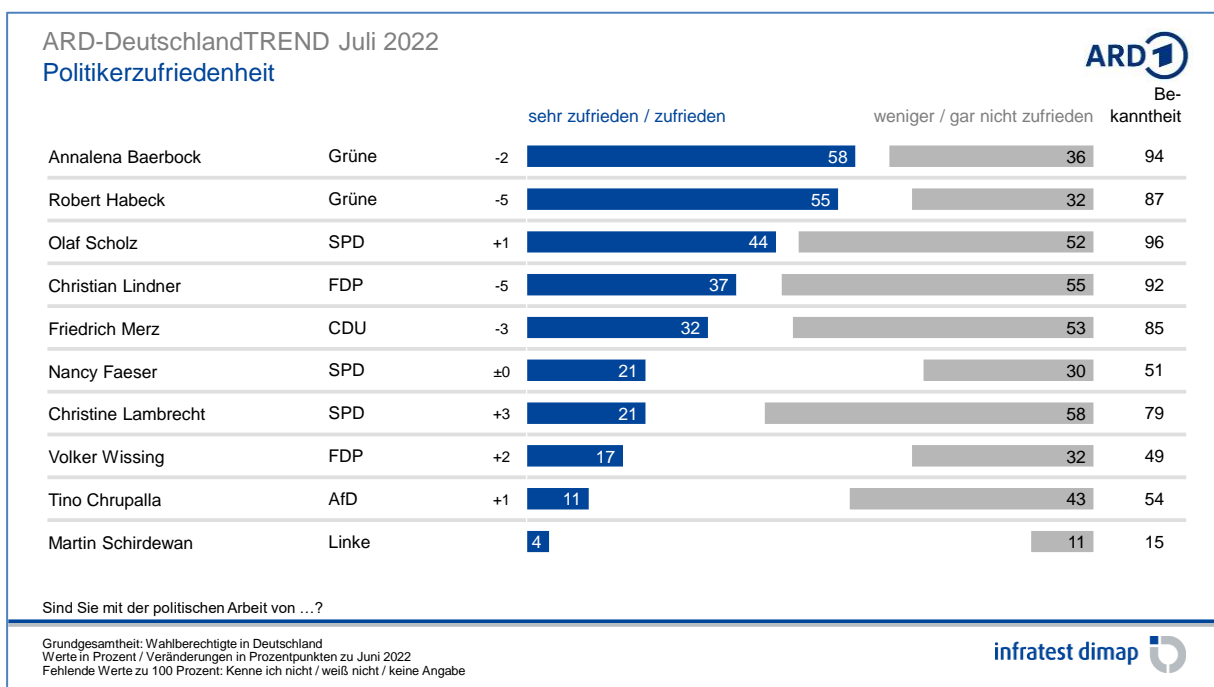
Die aktuelle Diskussion um die Sicherheit der Energieversorgung und den Kostenanstieg bei fossilen Brennstoffen, insbesondere Gas, belebt auch die öffentliche Diskussion darüber, inwieweit längerfristige umwelt-, klima- und energiepolitische Ziele zu Gunsten kurzfristiger Maßnahmen zurückgestellt werden müssen. Ungeachtet dieser Debatte plädiert gut die Hälfte der Bundesbürger (52 Prozent) dafür, auch kurzfristig keine Abstriche am Klimaschutz im politischen Handeln zu machen. 43 Prozent sind gegenteiliger Auffassung.



In der Frage, welche Priorität dem Klimaschutz angesichts der aktuellen Lage zukommt, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften. Anhänger von AfD (69 Prozent) und Union (56 Prozent) sprechen sich mehrheitlich dafür aus, den Klimaschutz vorübergehend hintenanzustellen. Im Lager der SPD halten sich Zustimmung und Ablehnung in etwa die Waage (48:50 Prozent), unter den Anhängern der FDP überwiegt die Ansicht, der Klimaschutz solle nicht relativiert werden (42:55 Prozent). Eine deutliche Mehrheit der Grünen-Anhänger (16:83 Prozent) spricht sich dafür aus, auch in der aktuellen Situation den Klimaschutz stark zu gewichten.

Politikerzufriedenheit: Baerbock und Habeck weiter vorn, Scholz auf Platz 3

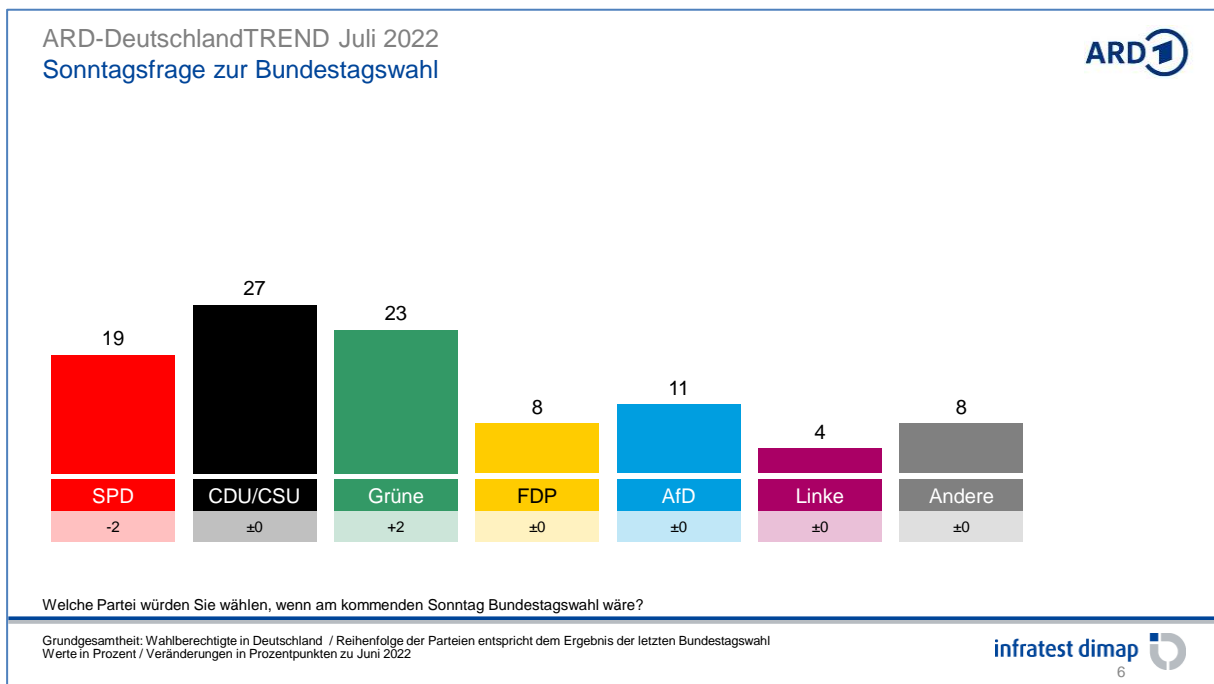
Wie bereits in den Vormonaten führen Außenministerin Annalena Baerbock und Wirtschaftsminister Robert Habeck die Politikerrangliste an. Baerbock kann aktuell 58 Prozent (-2 Prozentpunkte) der Bürger mit ihrer politischen Arbeit überzeugen. Mit der Arbeit des Grünen-Wirtschaftsministers sind im Juli 55 Prozent und damit etwas weniger Bürger als noch im Vormonat zufrieden (-5 Prozentpunkte). Olaf Scholz liegt nahezu unverändert auf Platz 3 (44 Prozent; +1). FDP-Finanzminister Christian Lindner, der im Juli fast noch gleichauf mit dem Bundeskanzler lag, verliert an Rückhalt (37 Prozent; -5). Unions-Oppositionsführer Friedrich Merz tut sich im Bevölkerungsurteil weiterhin schwer: er muss sich mit einem Platz im Mittelfeld zufriedengeben und überzeugt gerade jeden Dritten (32 Prozent; -3).



Auf den weiteren Plätzen folgen SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser (21 Prozent; +/-0) sowie SPD-Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (21 Prozent; +3). Dahinter liegen FDP-Verkehrsminister Volker Wissing mit einem Zuspruch von 17 Prozent (+2) und der AfD-Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla (11 Prozent, +1). Martin Schirdewan, der im Juni zum Co-Vorsitzenden der Linken gewählt wurde, ist der überwiegenden Mehrheit der Bürger bisher nicht bekannt. Mehr als vier Fünftel können oder wollen sich kein Urteil über ihn erlauben. Bei denjenigen, die sich zu seiner politischen Arbeit äußern, überwiegt die Kritik das Lob (4:11 Prozent).

Sonntagsfrage: SPD unter 20 Prozent, Grüne mit Rückenwind

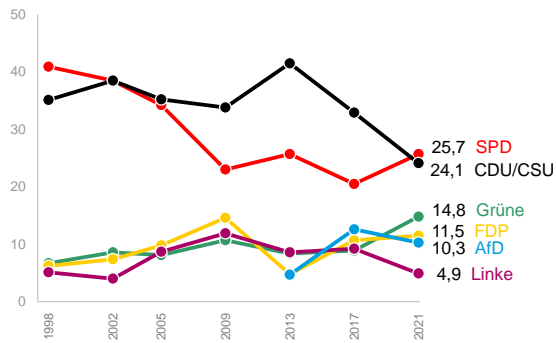
Trotz der weiterhin nur mäßigen Bewertung des Unions-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz bleibt die CDU/CSU in der bundespolitischen Stimmung unverändert zu Juni stärkste Kraft und könnte derzeit mit 27 Prozent der Stimmen rechnen. Die SPD gibt nochmals 2 Punkte ab und liegt mit 19 Prozent erstmals seit August 2021 wieder unter 20 Prozent. Die Grünen verbessern sich im gleichen Umfang und hätten 23 Prozent in Aussicht, der höchste Wert für die Grünen im ARD-DeutschlandTREND seit Mai 2021. Die AfD käme weiterhin auf 11 Prozent, die FDP unverändert auf 8 Prozent. Die Linke würde mit ebenfalls unverändert 4 Prozent an der Mandatsschwelle scheitern. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 8 Prozent.



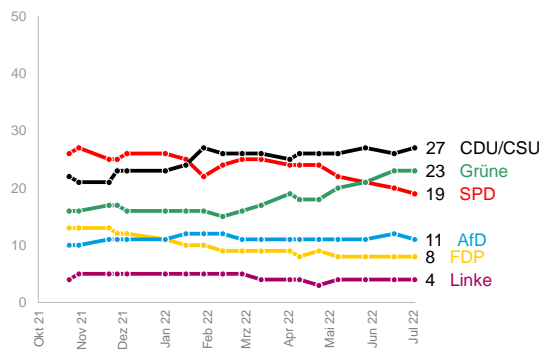
ARD-DeutschlandTREND Juli 2022
Wahl- und Umfrageergebnisse Bundestagswahl
Zeitverlauf



Wahlergebnisse seit 1998



Umfrageergebnisse seit Bundestagswahl 2021



Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

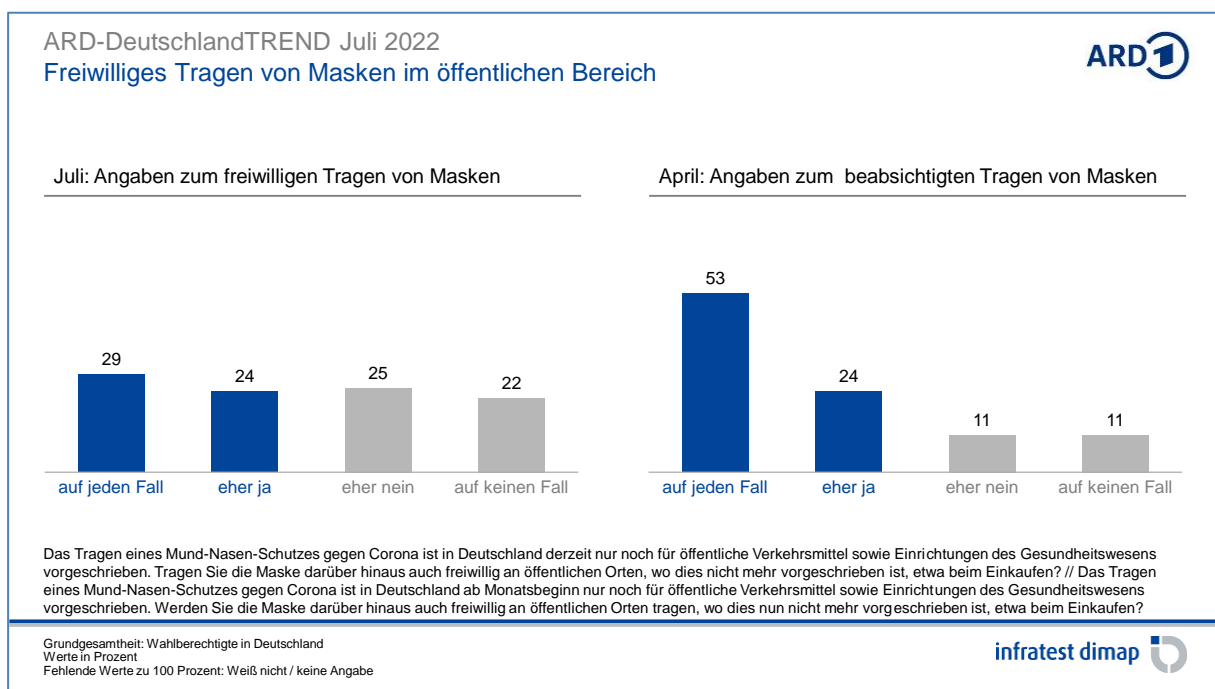
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent



Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Parteipräferenzen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Corona Pandemie: Drei von Zehn tragen freiwillig eine Maske

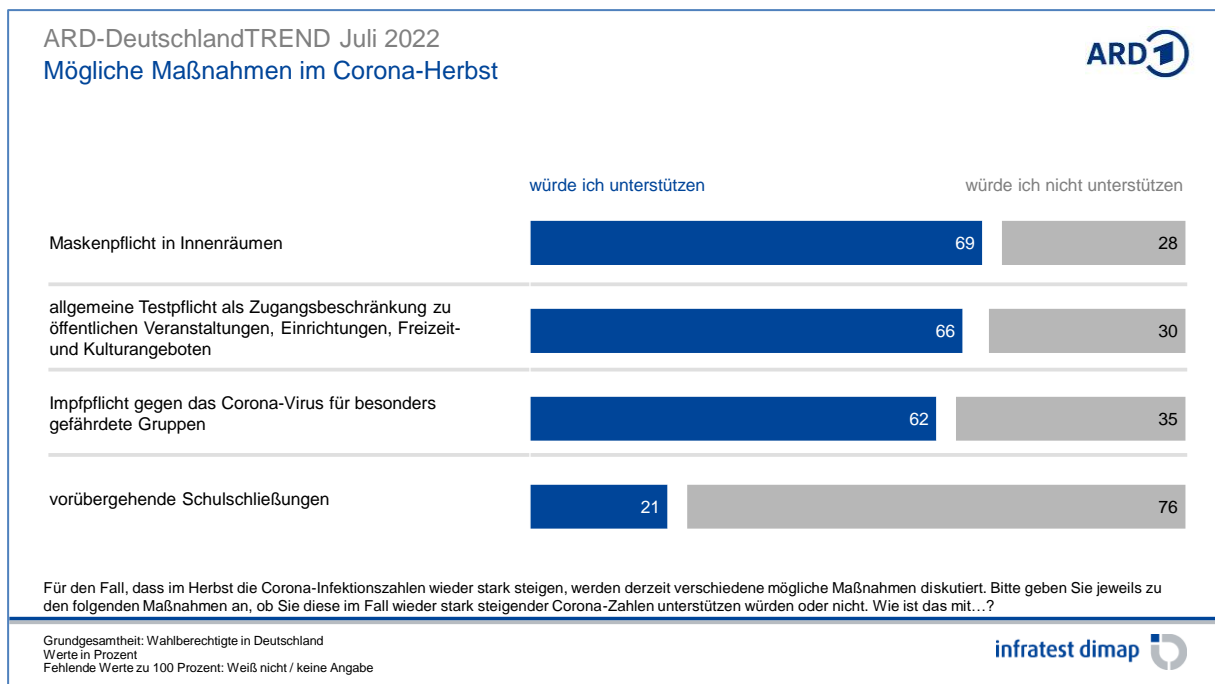
Zuletzt durch andere Themen überlagert könnte die Corona-Pandemie im Herbst aufgrund steigender Inzidenzen stärker die öffentliche Debatte bestimmen. Das freiwillige Tragen des Mund-Nase-Schutzes an öffentlichen Orten praktizieren momentan nach eigenen Angaben drei von zehn Bundesbürgern (29 Prozent). Ein weiteres Viertel (24 Prozent) gibt an, eher eine Maske zu tragen, auch wenn dies nicht vorgeschrieben ist. Anfang April, als im Zuge von Lockerungen das verbindliche Tragen von Masken nur noch in öffentlichen Verkehrsmitteln und Einrichtungen des Gesundheitswesens verbindlich gelten sollte, hatte mehr als die Hälfte der Deutschen (53 Prozent) in Aussicht gestellt, die Maske auch freiwillig tragen zu wollen.



Die Bereitschaft zum freiwilligen Tragen von Masken hängt stark vom Alter ab: während drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahren (73 Prozent) auf jeden Fall oder eher freiwillig eine Maske tragen wollen und mehr als die Hälfte der 50-64-Jährigen (58 Prozent) diese Bereitschaft signalisiert, ist in den jüngeren Altersgruppen nur eine Minderheit zum Tragen einer Maske bereit.

Mehrheit für strengere Regelungen bei steigenden Inzidenzen - mit Ausnahme von Schulschließungen

Eine Rückkehr zu strengeren Regelungen im Falle steigender Inzidenzen wie einer generellen Maskenpflicht in Innenräumen (69 Prozent) steht eine Mehrheit offen gegenüber. Auch eine allgemeine Testpflicht als Zugangsbeschränkungen für öffentliche Einrichtungen, Veranstaltungen sowie Freizeit- und Kulturangebote fände bei steigenden Ansteckungen Zustimmung (66 Prozent), ebenso eine Impfpflicht für besonders gefährdete Gruppen (62 Prozent). Erneute Schulschließungen würden drei Viertel der Deutschen (76 Prozent) jedoch ablehnen.



Auch bei diesen Maßnahmen fällt die Akzeptanz in den älteren Altersgruppen höher als unter jüngeren aus, mit Ausnahme möglicher Schulschließungen die unabhängig vom Alter mehrheitlich auf Ablehnung stoßen.

ARD-DeutschlandTREND Juli 2022

Repräsentative Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Autorin WDR	Ellen Ehni	0221 220-1800
Redakteur WDR	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Betreuung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22-0
Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Erhebungsmethode	Zufallsbasierte Telefon- (davon 60 Prozent Festnetz, 40 Prozent Mobilfunk) und Online-Befragung	
Fallzahl	1.327 Befragte (868 Telefoninterviews und 459 Online-Interviews)	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen und Rück Erinnerung Wahlverhalten Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	04. bis 06. Juli 2022	
Schwankungsbreite	2 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 10 Prozent 3 Prozentpunkte bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut	infratest dimap	
Ansprechpartner infratest dimap	Dr. Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3
	Roberto Heinrich	030 533 22-0